

**P3-037-2**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München-Land (beschlossen am: 11.04.2018)

**Titel:** P3-037-2: Projekte zu Kapitel 3

## **Beschreibung**

**In Zeile 38 einfügen:**

Opferschutz in Form von Beratungsangeboten. Wir schützen die Einsatzkräfte!

**Gegen Überwachungsstaat und gegen die Einschränkung unserer Bürgerrechte -  
Novellen des Polizeiaufgabengesetzes rückgängig machen**

Die Einführung des Begriffes der "drohenden Gefahr" und der beliebig oft verlängerbaren Präventivhaft ins Polizeiaufgabengesetz werden wir ebenso wie die umstrittenen Neuerungen der PAG-Novelle vom Mai 2018 rückgängig machen. Wir stehen für Datensouveränität. Mit uns gibt es deswegen keine Videoüberwachung mit automatischer Gesichtserkennung. Auch die anlasslose Videoüberwachung von Demonstrationen lehnen wir ab. Eingriffe in Grundrechte, die mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz auch ohne vorherige richterliche Kontrolle möglich werden, bergen die Gefahr von willkürlichen Entscheidungen. Zudem ist das Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei strikt zu wahren - für uns ist deswegen eine Ausstattung der Polizei mit Geheimdienstbefugnissen auf keinen Fall akzeptabel. Mit uns wird es keinen Überwachungsstaat geben!

## **Begründung**

Der Kreisverband München-Land unterstützt ein Projekt, um die Novellierungen des Polizeiaufgabengesetzes zurückzunehmen. Im Unterschied zum gleichen Projekt

der Grünen Jugend wollen wir aber nicht von "Polizeiwillkür" sprechen und befürworten daher die vorliegende, geänderte Überschrift. Außerdem wollen wir mit dem Ausdruck die "umstrittenen" Neuerungen hervorheben, dass es um konkrete Inhalte der Novellen geht.